Vier Thesen zu Sozialreformen, Wachstum und Bundeshaushalt

SACHVERSTÄNDIGENRAT
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Achim Truger

Universität Duisburg-Essen und Sachverständigenrat

Input auf dem FIS-Forum 2026 „Sozialpolitik auf dem Prüfstand“

Berlin, 13. November 2026

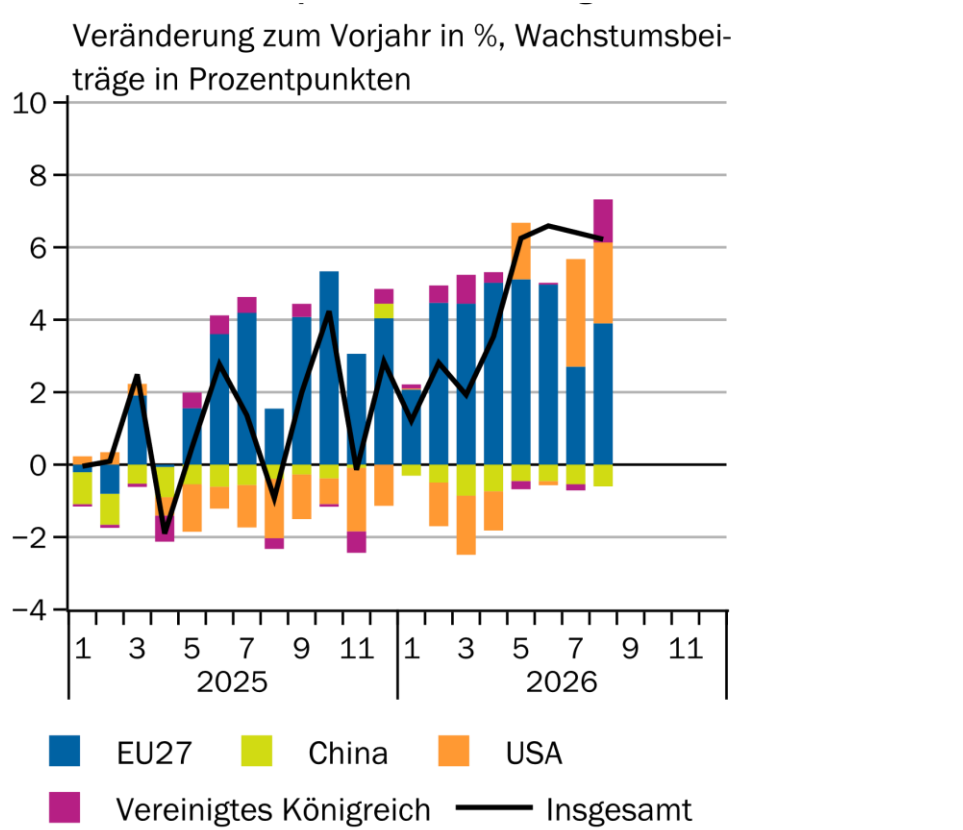
Die Präsentation gibt die persönliche Meinung der Autorinnen und Autoren wieder und nicht notwendigerweise die des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

4 Thesen

1. Der aktuelle Aufschwung könnte die wirtschafts- und sozialpolitische Debatte sehr stark zum Besseren verändern
2. Die Reformvorschläge des SVR Wirtschaft zur Sozialversicherung vom Frühjahr waren sehr radikal
3. Die Sozialreformen eignen sich nicht für eine Wirtschaftswende und zur Wachstumsankurbelung
4. Die mittelfristigen Finanzierungslücken im Bundeshaushalt verändern die finanz- und sozialpolitische Ausgangslage massiv

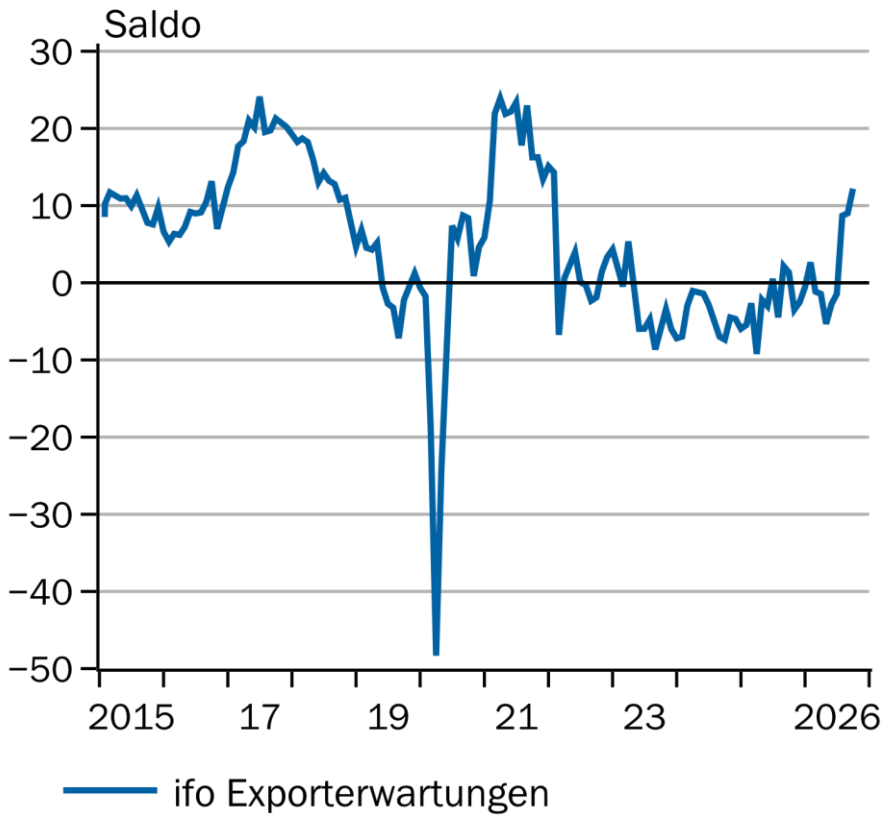
Deutsche Exporte kräftig gestiegen

Starker Anstieg der Warenexporte in die EU im 1. Halbjahr 2026



Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 26-185-03

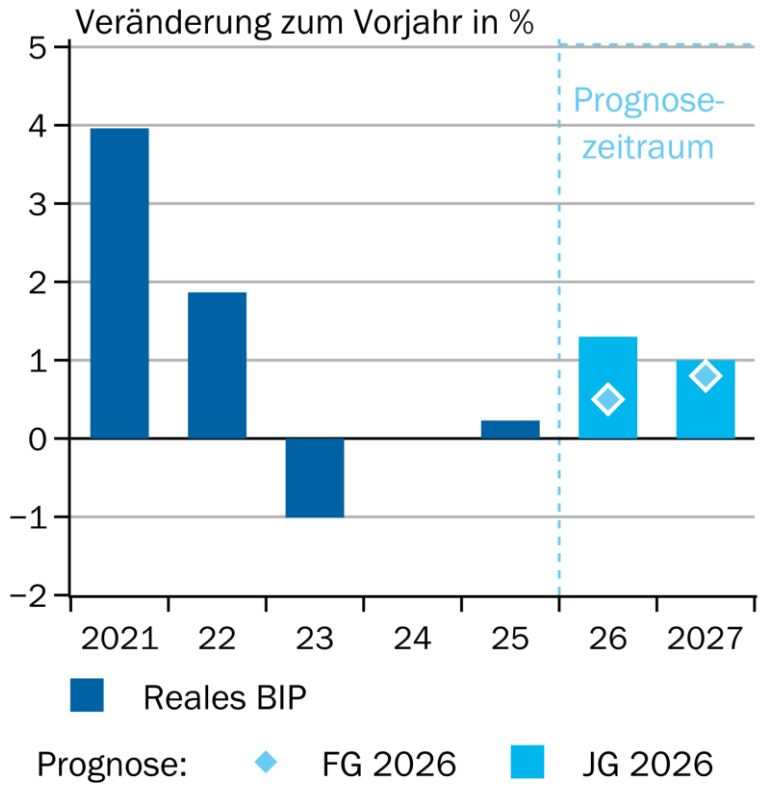
Ifo Exporterwartungen signalisieren steigende Exporte



Quellen: ifo Institut
© Sachverständigenrat | 26-XXX-01

Konjunkturelle Erholung setzt sich fort

BIP-Wachstum (DE) dürfte im Jahr 2026 erstmals seit dem Jahr 2022 wieder deutlich steigen



Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 26-100-02-1

Verbraucherpreisinflation weiterhin erhöht

	2025	2026	2027
Deutschland			
BIP-Wachstum	0,2	1,3	1,0
Inflationsrate	2,2	2,8	3,3
Arbeitslosenquote	6,3	6,4	6,3
Lohnwachstum	4,9	3,6	3,6
Finanzierungssaldo	– 2,9	– 4,1	– 4,3
Euro-Raum			
BIP-Wachstum	1,3	1,1	1,1
Inflationsrate	2,1	3,0	2,9
Weltwirtschaft			
BIP-Wachstum	2,8	2,7	2,6
Inflationsrate	3,0	3,5	3,0

Quellen: Eurostat, nationale Statistikämter, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 26-100-02-2

4 Thesen

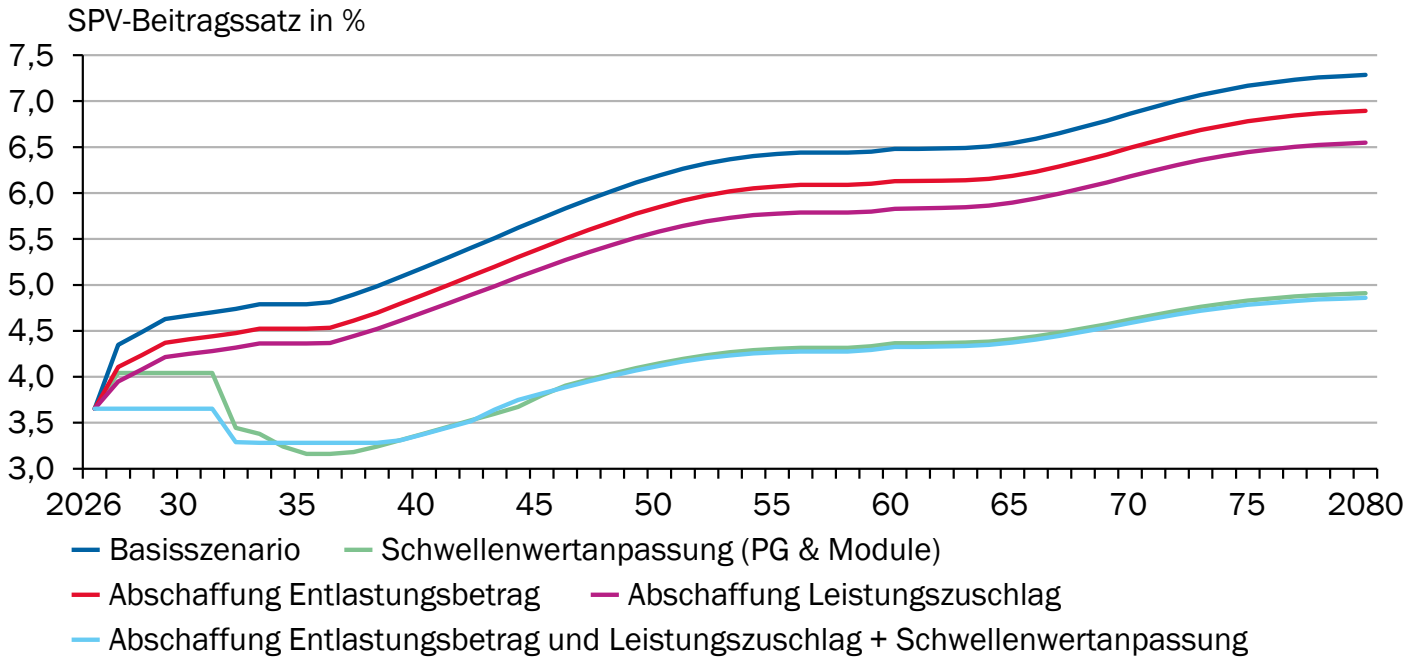
1. Der aktuelle Aufschwung könnte die wirtschafts- und sozialpolitische Debatte sehr stark zum Besseren verändern
2. Die Reformvorschläge des SVR Wirtschaft zur Sozialversicherung vom Frühjahr waren sehr radikal
3. Die Sozialreformen eignen sich nicht für eine Wirtschaftswende und zur Wachstumsankurbelung
4. Die mittelfristigen Finanzierungslücken im Bundeshaushalt verändern die finanz- und sozialpolitische Ausgangslage massiv



SOZIALE PFLEGEVERSICHERUNG: FOKUSSIEREN UND GENERATIONENGERECHT FINANZIEREN

Mehr Zielgenauigkeit kann den Beitragssatzanstieg der SPV dämpfen - aber langfristig nicht verhindern

Beitragssatzprojektionen bei Anpassungen der Leistungsansprüche



Maßnahmen

Zielgenauigkeit verbessern

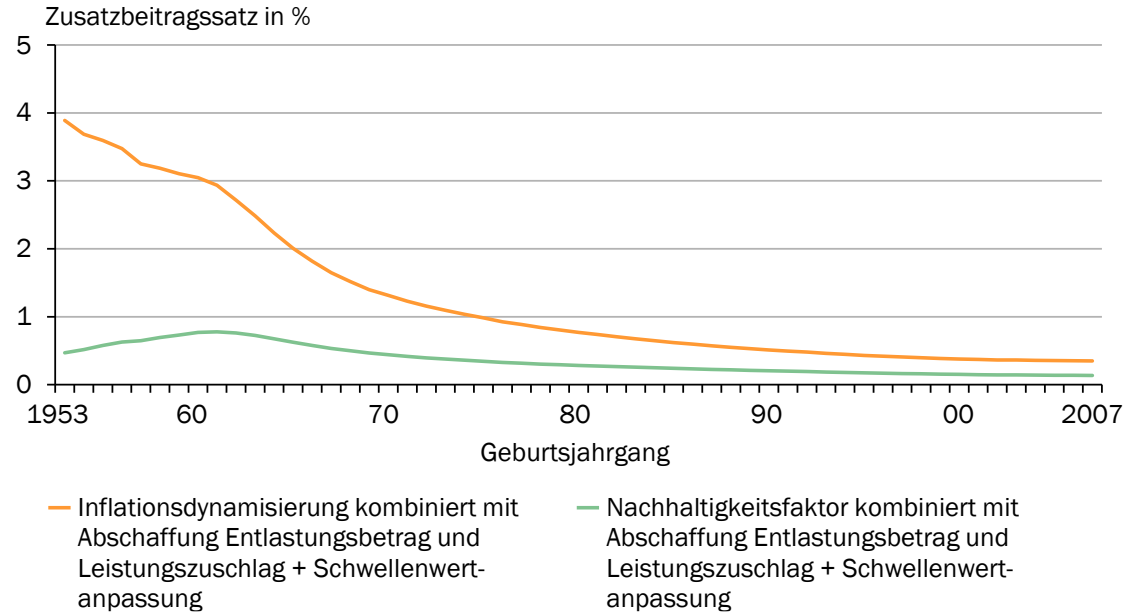
- **Restriktivere Schwellenwerte für den Leistungszugang**
- **Entlastungsbetrag streichen**
- **Leistungszuschlag in der vollstationären Versorgung streichen**

Quellen: BMG, Medizinischer Dienst Bund, SIM.24, eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 26-123-01

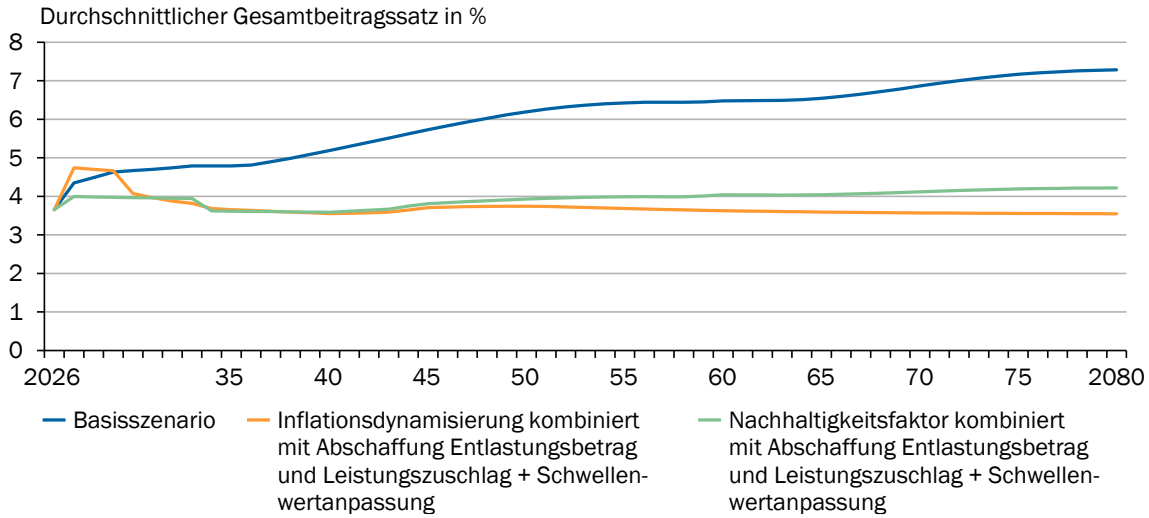
Kohortenspezifische Kapitaldeckung kann Leistungen stabilisieren und Generationengerechtigkeit stärken

Kohortenspezifische Zusatzbeiträge nach Geburtsjahrgang



Quellen: BMG, SIM.24
© Sachverständigenrat | 26-124-02

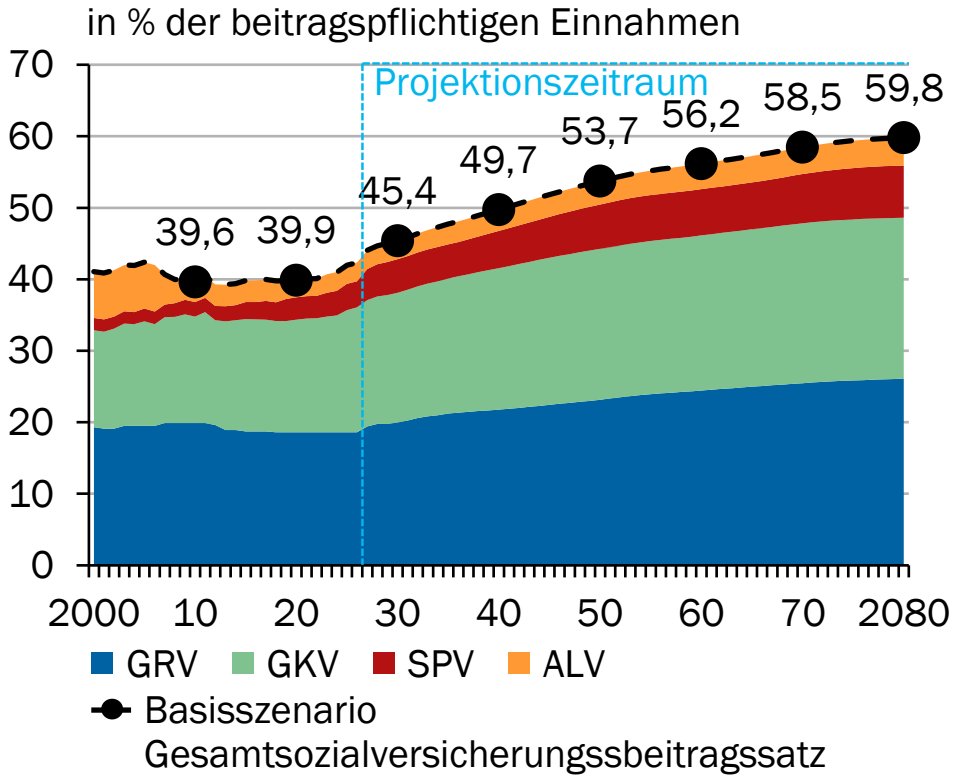
Durchschnittlicher Gesamtbeitragssatz (Umlagebeitragssatz + Zusatzbeitragssatz)



Quellen: BMG, SIM.24
© Sachverständigenrat | 26-124-02

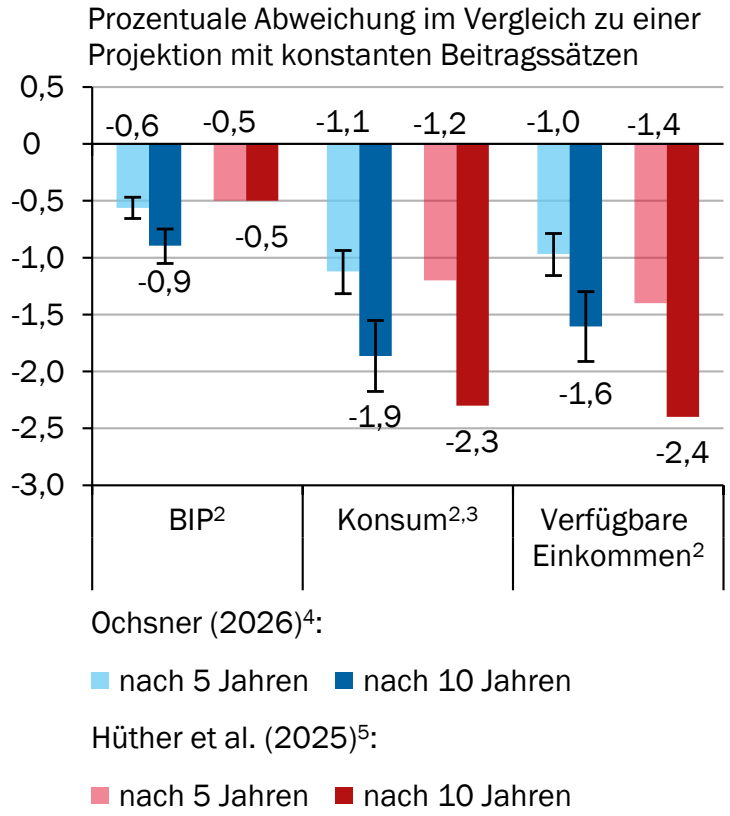
Wachsende Sozialbeiträge erhöhen Arbeitskosten und senken Einkommen

Beitragssatz steigt bis 2040 auf knapp 50 %



Quellen: SIM.24, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 26-136-01

Höhere Beiträge verringern BIP



Quellen: Hüther et al. (2025), Ochsner (2026)
© Sachverständigenrat | 26-093-01

Mein Minderheitsvotum

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Offen im Denken

Institut für Sozioökonomie
Fakultät für Gesellschaftswissenschaften

Aktuelles | Institut | Studium | Forschung | Wissenstransfer | Veranstaltun

Sachverständigenrat Wirtschaft

Sozioökonomie > Wissenstransfer > Sachverständigenrat Wirtschaft



SVR-Frühjahrsgutachten 2026

Das Frühjahrsgutachten 2026 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) wurde am 27. Mai 2026 der Bundesregierung übergeben. Prof. Dr. Achim Truger (Institut für Sozioökonomie) ist seit 2019 eines der fünf Mitglieder des Rates.

Das gesamte Frühjahrsgutachten lesen



Eine andere Meinung

In Kapitel 2 und Kapitel 4 des Frühjahrsgutachtens kann sich unser Institutsmitglied Achim Truger der Mehrheitsposition des Sachverständigenrates in einigen Punkten nicht anschließen. Wir dokumentieren hier seine Minderheitsvoten:

Kapitel 2: Sozialversicherungen (PDF)

Kapitel 4: Pflegeversicherung (PDF)

Eine andere Meinung

363. Ein Mitglied des Rates, Achim Truger, kann sich der Mehrheitsposition des Sachverständigenrates im Kapitel „Soziale Pflegeversicherung: fokussieren und generationengerecht finanzieren“ in einigen Punkten nicht anschließen. **Die abweichende Meinung** betrifft **erstens** die von der Ratsmehrheit wegen des Primats der Beitragssatzdämpfung vorgenommene **Neugewichtung der Ziele der Pflegeversicherung** hin zu mehr Subsidiarität und Eigenverantwortung. Dabei tritt das ursprüngliche Ziel der SPV, sicherzustellen, dass ein überwiegender Teil der Pflegebedürftigen nicht auf Sozialhilfe angewiesen ist, in den Hintergrund. Sie betrifft **zweitens** die **Vernachlässigung** potenziell **gravierender verteilungspolitischer Nebenwirkungen** und **sozialer Härten** der unterbreiteten Handlungsoptionen. Daher werden **drittens** konkret die vorgeschlagenen Handlungsoptionen der **Abschaffung des Leistungszuschlags, der Inflationsanpassung oder des Nachhaltigkeitsfaktors** sowie der Einführung eines kohortenspezifischen **Pflegevorsorgefonds (PVF) II abgelehnt. Viertens** wird eine auf das ursprüngliche Ziel der Pflegeversicherung **fokussierte Reformstrategie** vorgezogen, die neben ausgabenseitigen Maßnahmen auch auf die **Stärkung der Einnahmenseite** setzt.

Zielverschiebung weder notwendig noch überzeugend begründet

364. Die Ratsmehrheit hält es für erforderlich, in der SPV weitere Beitragssatzsteigerungen zu dämpfen oder ganz zu vermeiden. Hierfür will sie die Eigenverantwortung der Pflegebedürftigen durch höhere Eigenanteile stärken. Sie ist dafür bereit, einen erheblichen Anstieg von Anzahl und Anteil der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, die auf Hilfe zur Pflege angewiesen sind, in Kauf zu nehmen. Damit nimmt die **Ratsmehrheit** gegenüber der ursprünglichen Zielsetzung der SPV eine **erhebliche Zielverschiebung** vor.

4 Thesen

1. Der aktuelle Aufschwung könnte die wirtschafts- und sozialpolitische Debatte sehr stark zum Besseren verändern
2. Die Reformvorschläge des SVR Wirtschaft zur Sozialversicherung vom Frühjahr waren sehr radikal
3. Die Sozialreformen eignen sich nicht für eine Wirtschaftswende und zur Wachstumsankurbelung
4. Die mittelfristigen Finanzierungslücken im Bundeshaushalt verändern die finanz- und sozialpolitische Ausgangslage massiv

„schmerzhafte Entscheidungen + harte Einschnitte“



Google-Suche „schmerzhafte Reformen“
7140 Ergebnisse in 0,25 Sekunden…
ohne „“: 675.000 Ergebnisse…

Merz fordert Sozialreformen

"Wir können uns dieses System nicht mehr leisten"

Stand: 30.08.2025 15:15 Uhr

Kanzler Merz hat die Bürger bei einer Rede in NRW auf harte Einschnitte bei den Sozialausgaben eingestimmt. Das derzeitige System sei zu teuer. Es brauche dringend Reformen, etwa beim Bürgergeld oder mehr Anreize für Arbeiten im Alter.

Bundeskanzler Friedrich Merz hat die Forderung nach tiefgreifenden Reformen und Einschnitten im Sozialsystem bekräftigt: "Wir können uns dieses System, das wir heute so haben, einfach nicht mehr leisten", sagte der CDU-Chef auf dem nordrhein-westfälischen Landesparteitag der Christdemokraten in Bonn.

"Das wird schmerzhafte Entscheidungen bedeuten, das wird Einschnitte bedeuten", stellte Merz klar. Damit die Kranken-, Pflege und Rentenversicherung - "die großen Errungenschaften unseres Sozialstaates" - leistungsfähig blieben und nicht überfordert seien, müsse auch die Eigenverantwortung stärker werden.

Fehldiagnose: „Strukturelle Lähmung“

- die aktuelle Krise ist keine allgemeine Erschlaffungs-, Überregulierungs-, Bürokratielähmungs-, Hochsteuer-Faulheits-, Fachkräftemangel-, Staatsquoten- Hochlohn- oder eben Sozialstaats- etc.-Krise !
- das heißt nicht, dass es nicht in vielen Bereichen Verbesserungsmöglichkeiten gäbe.
- aber die meisten Faktoren gab es auch schon von 2010 bis 2018, als die deutsche Wirtschaft sehr gut lief!

Krisendiagnose: Schwere Export- und Industriekrise

- ↘ Exporte von Zöllen, Trumpscher Unsicherheit und Euroaufwertung…
- ↘ … technologisches Erstarken Chinas (massiv subventioniert) auf traditionellen deutschen Absatzmärkten in die Zange genommen.
- ↘ Energiekosten auch ein Faktor!
- ➔ Massiver Einbruch der Industrieproduktion (-8% seit 2022 und -14% seit 2019!)
- ➔ Ausweitung der Krise auf andere Sektoren + Bauwirtschaft wegen Zinserhöhungen

Kurzschluss: Kostensenkung führt aus der Krise

- ↘ Ja, ein bisschen geringere Lohn(-neben)kosten erhöhen ein bisschen die preisliche Wettbewerbsfähigkeit…
- ↘ … aber sie kompensieren nicht die Zölle und die Aufwertung und helfen gar nicht beim Verlust an technologischer Wettbewerbsfähigkeit!
- ↘ und sie haben Nebenwirkungen auf die Binnenwirtschaft: Höhere Eigenvorsorge, Leistungskürzungen etc. schwächen die Einkommen und damit den privaten Konsum

Stattdessen notwendig!

- ➔ Politik gegen unfaire Handelspraktiken
- ➔ Systematische Industriepolitik
- ➔ Expansive und gezielte Finanzpolitik zur Stärkung von Investitionen und Binnennachfrage

4 Thesen

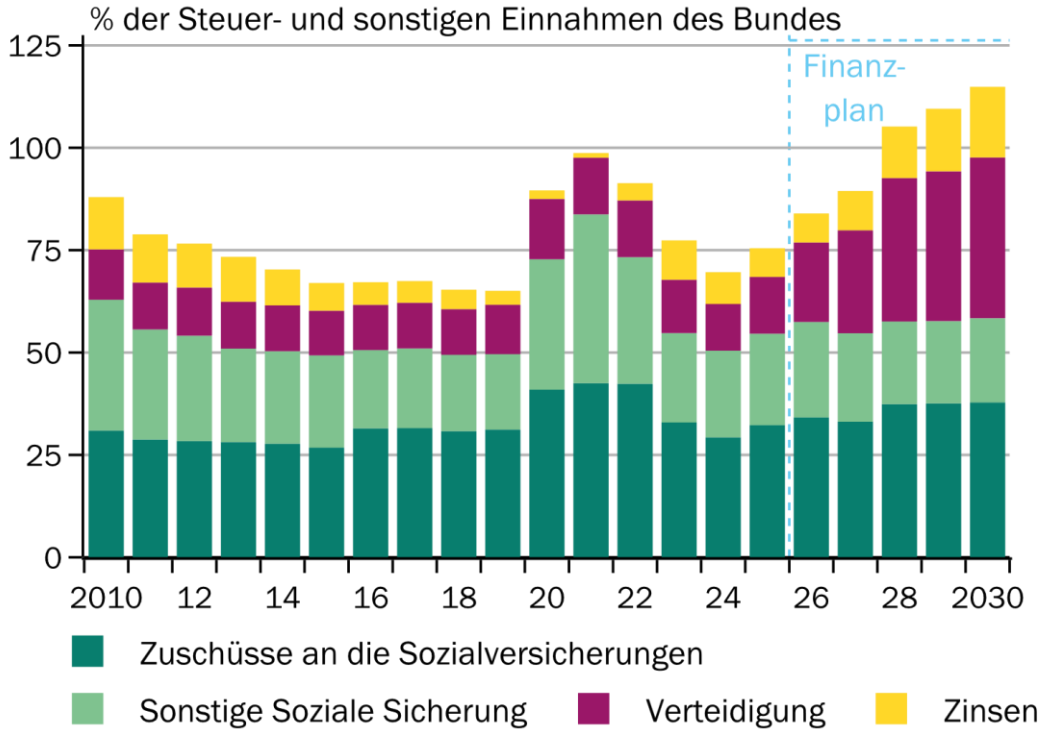
1. Der aktuelle Aufschwung könnte die wirtschafts- und sozialpolitische Debatte sehr stark zum Besseren verändern
2. Die Reformvorschläge des SVR Wirtschaft zur Sozialversicherung vom Frühjahr waren sehr radikal
3. Die Sozialreformen eignen sich nicht für eine Wirtschaftswende und zur Wachstumsankurbelung
4. Die mittelfristigen Finanzierungslücken im Bundeshaushalt verändern die finanz- und sozialpolitische Ausgangslage massiv

Neue Lage in der Finanzpolitik

- **früher:** sozial gerechte Steuererhöhungen zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben
- **heute:** Riesenhaushaltlücke bei Bund (48 Mrd. € 2030) und Kommunen (32 Mrd. € 2025)
- **heute:** gigantische kreditfinanzierte Verteidigungsausgaben als „tickende Zeitbombe“ (2030 über 150 Mrd. €), die schrittweise wieder regulär finanziert werden müssen.

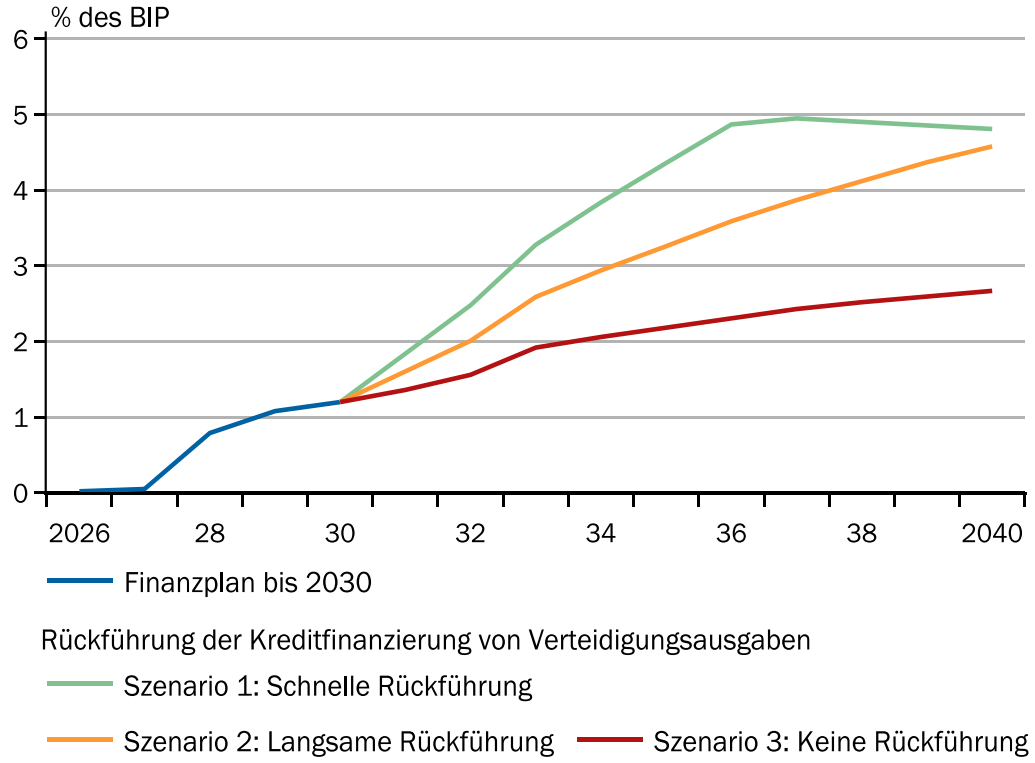
Konsolidierungsaufgabe von historischem Ausmaß

Große Ausgabenblöcke übersteigen im Jahr 2030 die Steuereinnahmen



Quellen: BMF, BMWE, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 26-200-02

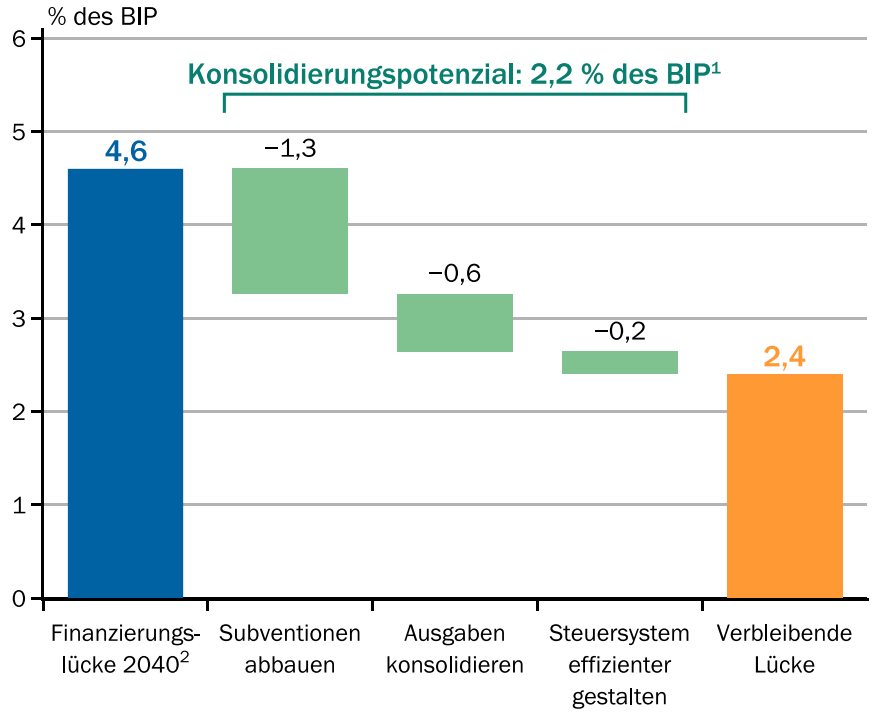
Finanzierungslücke steigt auf bis zu 4,8 % des BIP im Jahr 2040



Quellen: BMF, BMWE, BRH, Bundesregierung, Deutsche Bundesbank, Deutsche Finanzagentur, Ochsner et al. (2026), OECD (2023), Poghosyan (2014), Statistisches Bundesamt, Unabhängiger Beirat des Stabilitätsrates, Werding et al. (2026), eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 26-248-01

Frühzeitig und wachstumsschonend konsolidieren

Diskutierte Maßnahmen bieten Konsolidierungspotenzial von bis zu 2,2 % des BIP



1 – Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.
2 – Finanzierungslücke in Szenario 2: Rückführung der Kreditfinanzierung ab 2031 um 0,25 Prozentpunkte des BIP pro Jahr. Szenario 1 / 3: 4,8 / 2,7 % des BIP.

Quellen: Dörrenberg et al. (2017), Dwenger und Steiner (2012), Bach und Buslei (2017), BRH (2026), eigene Berechnungen, Bundesregierung (2025c, 2025d), Burger und Bretschneider (2021), Gerhards et al. (2026), Werding et al. (2026), Bundesregierung (2025b), Blömer et al. (2025), Blömer und Peichl (2023), JG 2023, Bach und Eichfelder (2021), Europäische Kommission (2024), Bundesregierung (2026c), BMF, BMWE, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

Maßnahme 2

Konsolidierungspfad noch in dieser Legislaturperiode festlegen

- Diskutierte Maßnahmen reichen nicht aus, um die Finanzierungslücke zu schließen
- **Frühzeitige Festlegung ermöglicht langfristige Reformen** und vermeidet den Bedarf einer späteren, kostspieligen Konsolidierung.
- Auch **höheres Potenzialwachstum** kann die Finanzierungslücke nicht schließen
- Mittelfristig könnten **Steuererhöhungen** erforderlich werden, diese sollten allerdings erst nach Ausschöpfen anderer Möglichkeiten eingesetzt werden

Fazit

- gigantische Finanzbedarfe => Mammutaufgabe!
- kann nur mit einem Gesamtpaket aus vielen einzelnen Maßnahmen bewältigt werden
- führt zu Ziel- und Verteilungskonflikten, auf die Politik und Gesellschaft nicht vorbereitet sind und zu deren Bewältigung sie in der aktuellen Verfassung kaum in der Lage sein werden.

VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT.

SACHVERSTÄNDIGENRAT
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Besuchen Sie uns im Internet unter:
www.sachverständigenrat-wirtschaft.de

Und folgen Sie uns bei Bluesky
@svrwirtschaft.bsky.social

Und folgen Sie uns bei LinkedIn
https://de.linkedin.com/company/sachverstaendigenrat-wirtschaft